



HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2010

*Dem Ausschuss für
Arbeit, Familie und Gesundheit
überwiesen*

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Arbeit schaffen statt Arbeitslose diskriminieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag distanziert sich von den Äußerungen des Hessischen Ministerpräsidenten über mögliche Verschärfungen der Hartz-Gesetze und verurteilt diese.
2. Der Hessische Landtag spricht sich gegen jegliche Form von Zwangsarbeit durch Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher aus. Diese widerspricht dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, deutschem Recht und internationalen (ILO) Arbeitsnormen.
3. Der Hessische Landtag spricht sich stattdessen dafür aus
 - a) mehr gute Arbeit zu schaffen, durch
 - I. Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige und tarifvertraglich bezahlte Dauerarbeitsplätze;
 - II. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro je Stunde;
 - III. Einschränkung der Leiharbeit;
 - IV. Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung;
 - b) Soforthilfe für Arbeitslose zu verbessern, durch
 - I. die sofortige Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf 500 Euro und bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Jugendliche;
 - II. die Erhöhung der Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung und die Abschaffung der Anrechnung von Partner-einkommen;
 - III. Aussetzung der Sanktionen gegen ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher;
 - IV. Erstattung der Kosten der Unterkunft in der tatsächlichen Höhe;
 - c) eine Grundsicherung für alle einzuführen, die sich am tatsächlichen Bedarf der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und deren Kindern ausrichtet.
4. Der Landtag unterstreicht, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat. Dazu zählt eine repressionsfreie, existenzsichernde Grundsicherung.

Wiesbaden, 27. Januar 2010

Der Parl. Geschäftsführer:
Schaus